



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

FÜR REVOLUTION, RÄTEDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Zeitung der österreichischen Sektion der Liga für die Fünfte Internationale | Nr. 295 | April 2024 | Preis: Spende



CC BY 2.0: Radiofabrik – Community Media Association Salzburg

EIN ROTER STERN ÜBER SALZBURG?

MICHAEL MÄRZEN

Die Gemeinderatswahlen in Salzburg sind geschlagen, die KPÖ erzielt ihren nächsten Achtungserfolg. In Salzburg-Stadt erreichte die Partei mit 23,1 % den zweiten Platz und stellt mit Kay-Michael Dankl ab nun den Vizebürgermeister. Der erste Platz ging dort mit wenig Vorsprung an die SPÖ (25,6 %). In der Wahl zum Bürgermeister kam es am 24. März zur Stichwahl, welche der SPÖ-Kandidat Bernhard Auinger allerdings mit 62,5 % zu 37,5 % deutlich für sich entschied.

Linker Hoffnungsträger?

Schon bei den Landtagswahlen 2023 erzielte die KPÖ eine Glanzleistung, als sie in Salzburg-Stadt von 1,2 % auf 21,5 % aufstieg, bzw. landesweit von 0,4 % auf 11,66 %. Kay-Michael Dankl war seit 2019 im Salzburger Gemeinderat vertreten und überzeugte durch seine authentische Art und seine eigentlich sozialdemokratische Politik. Die Landtagswahl 2023 wurde als Protestwahl bezeichnet, weil sich viele Menschen aufgrund der Teuerung von den etablierten Parteien abwandten.

Dass die KPÖ gemäß Grazer Vorbild voll auf das Thema Wohnen setzte, konnte unter diesen Umständen nur vorteilhaft sein. Denn Salzburg ist hinter Innsbruck der

Inhalt:

Salzburg-Wahl	S.1
Krieg in Gaza	S.3
Femizide	S.6

www.arbeiterinnenstandpunkt.net

Ort mit den höchsten Immobilienpreisen in Österreich.

Kein wirklicher Sieg für die SPÖ

Die SPÖ hat die Gemeindevertretungswahlen in Salzburg-Stadt zwar gewonnen, tatsächlich hat sie gegenüber 2019 aber sogar 1,2 Prozentpunkte verloren. Ihr Sieg geht auf den fulminanten Abstieg der ÖVP zurück. Erzielte diese bei den letzten Wahlen noch ganze 36,7 %, so sackte sie in diesem Jahr auf 20,8 % ab. Damit ist sie fast wieder auf dem Niveau von 2014, also vor dem Hype um Sebastian Kurz, von dem sie profitieren konnte, bis er dann eben schadete. Klar ist, dass sich das Wohnen in Salzburg in den letzten Jahren stark verteuert hat und die ÖVP dafür die Hauptverantwortung trägt. Während die ÖVP also auf ihr früheres Niveau zurückfällt, ist die SPÖ weit von ihren früheren Ergebnissen in Salzburg-Stadt entfernt. Tatsächlich handelt es sich um ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945. Das hinderte den frisch gewählten SPÖ-Bürgermeister Bernhard Auinger aber nicht daran, den Sieg für sich zu verbuchen und gegen den Parteikurs unter Babler zu schießen: man dürfe nicht weiter nach links gehen.

„Stimme für leistbares Wohnen“

Die KPÖ hat mit Kay-Michael Dankl voll auf das Thema Wohnen gesetzt. So rühmt sie sich damit, seit ihrem Einzug in den Gemeinderat 2019 einen städtischen Kautionsfonds und einen Rechtshilfefonds für Mieter*innen erkämpft zu haben. Die wichtigsten Forderungen auf dem Gebiet sind 10.000 neue geförderte Mietwohnungen in den nächsten 10 Jahren sowie der Ankauf von Grundstücken durch die Stadt für den geförderten Wohnbau. Mittlerweile gibt es in Salzburg sogar eine Leerstandsabgabe, die allerdings von der KPÖ als zu niedrig

kritisiert wird. Als Vizebürgermeister in der Salzburger Proporzregierung beansprucht Dankl nun konsequenterweise das Wohn-Ressort. In einem Interview im Podcast von Jungen Linke, wo er selbst politisch herkommt, gesteht er aber ein, dass die kommunalen Möglichkeiten in Bezug auf leistbares Wohnen recht beschränkt sind. So kann beispielsweise nur die Bundesregierung Mietzinsobergrenzen einziehen. Auf die Frage, ob er Enteignungen von Immobilienkonzernen befürwortet, antwortet er pragmatisch, dass im österreichischen Staat Enteignungen an Entschädigungen geknüpft sind und es daher andere, wirksamere Methoden brauche. Hier zeigt sich die realpolitische Dimension der KPÖ Salzburg, in Realität nur wieder eine weitere Spielart des Reformismus.

Kommunistische Strategie

Das Wahlergebnis der KPÖ Salzburg ist ein beachtlicher Erfolg für eine Partei links der SPÖ. Aber es ist kein kommunistischer Erfolg im eigentlichen Sinn. Die Partei hinter Kay-Michael Dankl verfolgt kein kommunistisches Programm und keine kommunistische Politik sondern einen linken Munizipalismus. Ziel ist es, sich mit bürgernahen Anliegen lokal zu vernetzen und zu verankern und sich dafür insbesondere auf Gemeindeinstitutionen wie den Gemeinderat zu stützen. Mit Marx ist Kommunismus nicht einfach eine irgendwann zu verwirklichende Zukunftsgesellschaft, sondern die Bewegung, die die kapitalistischen Verhältnisse aufhebt und die Produktionsmittel in gemeinschaftliches Eigentum verwandelt. Mit Lenin ist es die Aufgabe einer Partei, ein revolutionäres Bewusstsein in die Arbeiter*innenklasse zu tragen und zu diesem Zweck in Bezug auf alle möglichen gesellschaftlichen Fragen die Lage der Lohnabhängigen und deren entsprechenden

Interessen aufzuzeigen. Das steht im krassen Widerspruch zu einer Single-Issue-Politik wie die der KPÖ Salzburg, mag ihr krasser Fokus auf Wohnen auch noch so taktisch klug sein. Das soll auch gar nicht heißen, dass man sich in Salzburg nicht auf dieses Thema orientieren soll, aber Kommunist*innen müssten schon auch Positionen zu anderen Themen klar nach außen sichtbar machen und das mit einer deutlichen Kapitalismuskritik verbinden. Das Mindeste wäre eine Propagandatätigkeit, die die Arbeiter*innenklasse auch als Klasse anspricht und versucht, ihr eine Identität zu geben. Es ist die Aufgabe von Kommunist*innen, lokale mit allgemeineren Fragen zu verbinden und eine von bürgerlicher Ideologie und dem kapitalistischen Staat unabhängige allgemein-politische Organisation der Arbeiter*innenklasse voranzutreiben.

Ausblick

Es gibt immer mehr Menschen, die sich der KPÖ zuwenden und sich mit dem Kommunismus anfreunden. Ein nächster wichtiger Test werden die Gemeinderatswahlen in Innsbruck am 14. April sein. Dort könnte Pia Tomedi mit dem Thema Wohnen punkten und in den Gemeinderat einziehen. Im Herbst geht es dann um den Einzug in den Nationalrat. Das wird allerdings schwierig, denn die Ergebnisse aus Salzburg und Graz lassen sich nicht einfach auf die Bundesebene übertragen, noch dazu wo die FPÖ in Umfragen auf Platz 1 liegt und Babler sich dagegen als Verteidiger der Demokratie inszeniert. Es wird darauf ankommen, ob die KPÖ andere linke Organisationen in ihren Wahlkampf einbezieht und sich bei Erfolg weiter für den Aufbau einer neuen Arbeiter*innenpartei öffnet. ★

DER KRIEG IN GAZA, ÖSTERREICH UND DIE LINKE

ALEX ZORA

Die Situation im Gaza-Streifen ist seit Monaten katastrophal. Bisher wurden mehr als 30.000 Tote von den Gesundheitsbehörden gezählt (wie viele weitere unter den Trümmern liegen, ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar). Die absolute Mehrheit davon sind erwiesenermaßen zivile Opfer. Eine noch deutlich größere Zahl an Menschen wurde während der Kämpfe und den wahllosen Bombardements verletzt. Die psychischen Folgen betreffen sicher noch deutlich mehr Menschen und sind insbesondere für die große Zahl an Kindern und Jugendlichen den Rest ihres Lebens lang prägend. Die von Israels Premierminister Netanjahu angestrebte „Deradikalisierung der palästinensischen Gesellschaft“ ist nach mehr als einem halben Jahr an staatlichem Terror und erzwungener Hungersnot so fern wie wohl noch nie.

Laut dem Satellitenbeobachtungsprogramm der Vereinten Nationen UNOSAT waren Ende Februar 35 % der Gebäude in Gaza zerstört oder beschädigt. Der Großteil der Bevölkerung des Gaza-Streifens (etwa 85 %) ist weiterhin auf der Flucht und in einen dünnen Streifen Land an der Grenze zu Ägypten gepercht, aber auch dort gibt es keine Sicherheit. Am schlimmsten entwickelt sich die humanitäre Situation aber was Hygiene und Lebensmittelversorgung angeht. Die UNO warnt davor, dass bis Juli etwa die Hälfte der Bevölkerung in Gaza von einer akuten Hungersnot (und damit

dem Hungertod) betroffen sein könnte, falls die Situation in Rafah eskaliert. Laut OCHA, das für die UNO humanitäre Angelegenheiten organisiert, könnten schon bald 200 Menschen pro Tag verhungern. Mittlerweile meldet sogar OCHA, dass es durchaus als glaubwürdig erscheint, dass Israel Hunger gezielt als Kriegsmethode einsetzt – schon Ende letzten Jahres hatten NGOs wie Human Rights Watch oder Oxfam darauf hingewiesen.

Offensive gegen Rafah

Aktuell ist der Großteil der Bevölkerung des Gaza-Streifens rund um Rafah, die Grenzstadt zu Ägypten, geflüchtet und lebt dort in improvisierten Zelten und in den Ruinen zerbombter Häuser. Die israelische Regierung hat schon vor Wochen ihren Plan bekannt gegeben, dass man nach der Zerstörung und der Vertreibung von Gaza-Stadt (im Norden) und Khan Yunis (im Zentrum) nun auch eine Offensive gegen Rafah starten wollte, weil sich dort noch militärische Einheiten der Hamas aufhalten sollen. So eine Offensive wäre noch einmal eine enorme Steigerung der ohnehin schon katastrophalen Situation – eben weil es keinen weiteren Ort im Gazastreifen gibt, an den sich die geflüchtete Zivilbevölkerung zurückziehen könnte.

Gleichzeitig gerät die israelische Kriegsmaschinerie immer mehr ins Stottern. Obwohl schon seit Monaten Krieg in Gaza-Stadt und

Khan Yunis geführt wird, ist es der israelischen Armee bisher nicht gelungen, die Hamas und andere palästinensische Gruppierungen militärisch zu besiegen. Die israelische Armee kontrolliert in erster Linie wichtige Transitrouten mit Truppen am Boden, aber die absolute Übermacht hat sie ausschließlich aufgrund der Lufthoheit – insbesondere durch den Einsatz von Drohnen. Das Resultat ist, dass Israel in den letzten Wochen und Monaten sogar seine Bodentruppen im Gaza-Streifen reduzieren musste. Ob das alles nur ein Kräftesammeln für eine Offensive gegen Rafah war, oder die reale Abnützung im Häuserkampf ausdrückt, wird noch abzuwarten sein.

Innenpolitische Situation in Israel

Gleichzeitig spitzen sich die innenpolitischen Widersprüche in Israel in den letzten Wochen wieder deutlich zu. Nach dem 7. Oktober war erstmal die Regierung Netanjahus deutlich gestärkt worden – insbesondere durch die Beteiligung von Teilen der Opposition an der Regierung. Nachdem Israel international durch anhaltende Proteste (insbesondere im englischsprachigen Raum) sowie durch seine eigene brutale Kriegsführung diplomatisch immer mehr isoliert ist, wackelt Netanjahus Posten. Nachdem Ende März im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution für einen Waffenstillstand angenommen wurde, ohne dass die USA von ihrem Veto Gebrauch machten, gibt es in Israel immer mehr Stimmen,

die Netanjahu als Belastung für die internationalen Beziehungen Israels ansehen. Die Proteste Ende März waren die bisher größten seit Beginn des Krieges gegen Gaza. Sogar von in die Regierung eingetretenen liberalen Kräften wie Benny Gantz werden nun wieder Neuwahlen gefordert. Aber nicht nur Benny Gantz versucht sich als Alternative zu Netanyahu zu positionieren, auch sein Likud-Parteikollege und Verteidigungsminister Yoav Gallant bringt sich schon gegen Netanjahu in Stellung. Nachdem Netanjahu nach der US-Stimmhaltung im Sicherheitsrat eine Delegation nach Washington zurückgezogen hatte, besuchte Gallant selbst die US-Regierung, um Diskussionen insbesondere über Waffenlieferungen zu führen.

Aufgrund des nicht optimal laufenden militärischen Einsatzes in Gaza und des gleichzeitig düsteren wirtschaftlichen Ausblicks für Israel (im 4. Quartal 2023 brach die israelische Wirtschaftsleistung um 20 % ein), ist eine neue wichtige Auseinandersetzung auf die Tagesordnung getreten. Seit Staatsgründung 1948 sind in Israel die Haredim (eine ultraorthodoxe Strömung des Judentums) von der Wehrpflicht ausgenommen. Anfangs waren es 400 Torah-Studenten, die von Israels erstem Premierminister David Ben-Gurion von der Wehrpflicht befreit wurden, um sich ganz dem religiösen Studium widmen zu können. Seit 1948 ist aber die Zahl und auch der Anteil der Haredim an der israelischen Gesellschaft deutlich gestiegen. Letztes Jahr wurden 66.000 Haredim von der Wehrpflicht befreit.

Das Problem ist hierbei nicht nur, dass die israelische Armee für ihre genozidale Militärkampagne noch mehr Menschen braucht, sondern insbesondere auch, dass die aktuell eingezogenen jungen Menschen

meist aus den gut ausgebildeten und produktiven Sektoren der israelischen Wirtschaft stammen. Die Haredim auf der anderen Seite tragen mit ihrem religiösen Studium weder zu Israels Armee noch Wirtschaft etwas Relevantes bei. Von liberaler Seite und auch von den gemäßigteren und Armeenahen Teilen der Likud gibt es nun die Bestrebung, diese jahrzehntelange Tradition der Befreiung von der Wehrpflicht aufzuheben. Gleichzeitig ist die Partei der Haredim in der Knesset, Schas, seit Jahren eine wichtige Stütze der von Netanjahu angeführten Regierungen. Er sieht sie deshalb als wesentlich, um seine Mehrheit im israelischen Parlament nicht zu verlieren – erst recht, falls die liberale Opposition, die nach dem 7. Oktober in die Regierung eingetreten war, aus der Regierung austreten würde.

Die internationale Unterstützung bröckelt, aber Österreich bleibt treu

International hat Israel, wie schon weiter oben erwähnt, deutlich an Unterstützung verloren. Länder wie Kanada, Japan, Spanien, Belgien und die Niederlande haben ihre Waffenlieferungen an Israel schon ausgesetzt. Innerhalb der EU gibt es eine Auseinandersetzung zwischen den Israel-freundlichen Ländern (mit Deutschland an der Spitze) und den mittlerweile Israel-kritischen Ländern (mit Spanien und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell). Offizielle Position der EU ist nun, dass man sich gegen eine Offensive in Rafah ausspricht. Österreich war bei dieser Debatte darauf erpicht, die Verurteilung Israels möglichst abzuschwächen und auf die Rolle der Hamas hinzuweisen. Der wichtigste Verbündete Israels in der EU – Deutschland – ist mittlerweile hinter den USA zum wichtigsten Waffenlieferant Israels aufgestiegen.

Auch in den USA, der wichtigsten imperialistischen Schutzmacht, gibt es eine relevante Auseinandersetzung über die Unterstützung Israels. Zwar unterstützen die USA Israel immer noch mit Waffenlieferungen, gleichzeitig wächst aber die Kritik an der Regierung Netanjahus. Hierbei dürften die USA wohl immer mehr an einer „gemäßigteren“ (sprich klüger agierenden) Regierung ohne Netanjahu interessiert sein. Erst kürzlich sprach sich der Fraktionsführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer, für Neuwahlen in Israel aus. Die Kräfte, die sich als Alternative zu Netanjahu ins Spiel bringen wollen, buhlen ganz offensichtlich um die Gunst der US-Regierung.

Österreich ist hingegen weiterhin treu auf der Seite Israels. Innerhalb der EU und der UNO hat sich Österreich bisher immer klar und deutlich für eine bedingungslose Unterstützung Israels „Recht auf Selbstverteidigung“ ausgesprochen, auch wenn das den Massenterror an zehntausenden Zivilist*innen bedeutet. Anfang April war Wolfgang Sobotka darüber hinaus in Israel und warb dort für eine „Koalition aller Willigen“ für die Unterstützung Israels und „seines Kampfs gegen den Terror“. Er besuchte auch sein Gegenstück aus der Knesset, den Parlamentspräsidenten Amir Ohana. Ohana selbst ist ein treuer Parteifreund von Netanjahu und war auch zentral bei der Erarbeitung des „Nationalstaatsgesetzes“, das Israel explizit als ethno-religiösen Staat festschreibt (es definiert beispielsweise Israel als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und spricht sich u.a. für „die Etablierung und die Konsolidierung jüdischer Besiedlung“ aus). Ohana meinte in einem Interview von 2017 außerdem, dass Muslime für 90 Prozent aller Morde und Massaker der letzten 50 Jahre weltweit

verantwortlich seien und eine „kulturelle Mordlust“ an den Tag legen würden.

Die Reise von Sobotka umreißt gut die allgemeine Herangehensweise der österreichischen Bundesregierung. Laut Außenminister Schallenberg sind Israel und Österreich „nicht nur Freunde, sondern strategische Partner“. Gleichzeitig macht er deutlich, dass er die Interessen von Jüd*innen weltweit, der Israelis sowie der des Staates Israels in einen Topf wirft („für die Menschen in Israel und für Juden in aller Welt steht Österreich klar an der Seite Israels“). Anstatt sich irgendwie mit dem hausgemachten Antisemitismus in Österreich (der bei weitem nicht nur bei der FPÖ vorkommt) zu beschäftigen, spricht die ÖVP lieber von „importiertem Antisemitismus“. Die Verantwortung eines Kampfes gegen Antisemitismus wird dabei von weiten Teilen der Politik auf „die anderen“ ausgelagert und gleichzeitig wird der Kampf gegen Antisemitismus (bzw. der oft vermeintliche „israelbezogene Antisemitismus“, der schon zu tragen kommt, wenn man Israel Apartheid oder Genozid vorwirft) direkt für die rassistische Hetze instrumentalisiert.

Und was macht die Linke?

Währenddessen haben es weite Teile der Linken in Österreich bisher nicht geschafft, sich klar und deutlich zu positionieren. Es gibt zwar kleine Teile der radikalen Linken, die sich eindeutig gegen Israels Terror im Gaza-Streifen (und im Westjordanland) aussprechen und auf die Seite der Unterdrückten stellen, aber große Teile der Linken sind entweder paralysiert oder offene Apologet*innen der rechten Netanyahu-Regierung. Die Sozialdemokratie unter Andreas Babler, der zu seiner wirklich linken Zeit noch klar auf der Seite des palästinensischen

Befreiungskampfes gestanden hatte, trägt offen die „Staatsräson“ der „Solidarität mit Israel“ mit. Aber auch die Sozialistische Jugend, die traditionell doch deutlich links ihrer Mutterpartei steht, stimmt in die reaktionäre Hetze gegen Palästina-solidarische Organisationen wie den Funken ein.

In der KPÖ herrscht alles andere als Klarheit über die Positionierung. Während die steirische KPÖ, auch aufgrund ihrer politischen Tradition, es zumindest schafft, sich für einen sofortigen Waffenstillstand auszusprechen, ist das beispielsweise bei der KPÖ in Salzburg deutlich unklarer. Kay-Michael Dankl meint beispielsweise, dass das „Existenz- und Verteidigungsrecht Israels [...] außer Frage [steht]“. Die Bundes-KPÖ versucht währenddessen, einen vorsichtigen Mittelweg zu gehen. Man spricht sich zwar mittlerweile auch für einen Waffenstillstand aus und verurteilt Israels „kollektive Bestrafung der Palästinenser:innen“. Gleichzeitig sieht man in den Veröffentlichungen der KPÖ (bzw. der Abwesenheit davon) den Versuch, das Thema – seit Monaten eines der bestimmenden Themen der internationalen Politik – möglichst wenig zu diskutieren. Die Angst vor einem medialen Backlash oder das Interesse, Wahlen zu gewinnen hindern die KP offenbar daran, sich zu dem Thema klar zu positionieren. Ähnlich verhält sich das auch bei der Wiener Organisation LINKS, in der wir als Arbeiter*innenstandpunkt aktiv sind und die in dieser Frage sehr klar gespalten ist. Die Positionierungen von LINKS zu Gaza sind von dem Gedanken getrieben, beiden Seiten gerecht zu werden. LINKS hat es noch nicht geschafft, die Machtverhältnisse und die systematische Unterdrückung der Palästinenser*innen durch den israelischen Staat und rechte Siedler*innen zu benennen. Ähnlich wie

die KPÖ ist auch LINKS in dieser Frage nicht aktionsfähig und nicht in der Lage, wirkliche politische Aktivitäten zu setzen.

Und das alles trotz der schrecklichen Situation und der durchaus aktiven Rolle, die Österreich darin spielt. Aber selbst aus „taktischen“ Argumenten ist die aktuelle Herangehensweise von LINKS oder der KPÖ schädlich. Selten sind so viele junge Menschen rund um ein Thema internationalistisch politisiert worden – insbesondere viele migrantische Menschen. An den Unis ist die Hegemonie von pro-israelischen Positionen klar in Frage gestellt und antideutsche Kräfte sind eigentlich nur noch durch institutionelle Macht irgendwie handlungsfähig. Gerade jetzt wäre es für Kräfte wie LINKS sinnvoll und notwendig, sich klar und deutlich gegen das Gemetzel in Gaza zu positionieren, ohne im nächsten Halbsatz wieder eine Äquivalenz der Betroffenheit von Zivilist*innen in Israel und Palästina zu ziehen. Wer es nach mehr als einem halben Jahr an Gemetzel und ethnischen Säuberungen nicht schafft, klar Position zu beziehen und seine politischen Aktivitäten dementsprechend auszurichten, verliert jedes Vertrauen einer ganzen Generation von jungen und migrantischen Menschen in Österreich. ★

FEMIZIDE IN ÖSTERREICH: MAN(N) TÖTET NICHT AUS LIEBE!

FLO KOVÁCS

Österreich wurde in den vergangenen Jahren immer wieder das Land der Femizide genannt. Aber was bedeutet das eigentlich? Wo kommt das her? Und was kann man dagegen tun?

Was ist ein Femizid und warum sprechen wir darüber?

Der Verband der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser (AÖF) verwendet für seine Statistik folgende Definition: „Femizid ist die vorsätzliche Tötung einer Frau durch einen Mann aufgrund ihres Geschlechts bzw. aufgrund von ‚Verstößen‘ gegen die traditionellen sozialen und patriarchalen Rollenvorstellungen, die Frauen zugeschrieben werden“. Die stammt von der südafrikanisch-US-amerikanischen Forscherin Diana Russell, die den Begriff Femizid so seit 1976 verwendet.

Seit den 1990er Jahren verwenden immer mehr Gruppen und Aktivist*innen die Kategorie des Femizids, um auf diese besondere Art der Tötung hinzuweisen. Hinter einem Femizid stecken nämlich immer besondere Motive, die direkt aus der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Lesben, inter*, trans und nicht binären Personen kommen. Das heißt, es geht nicht nur um die Tat an sich („Femi-zid“ lässt sich als Frauen-Mord übersetzen), sondern auch um das, was gesellschaftlich dahintersteht.

Das ähnliche Wort „Feminizid“ wird oft mit der gleichen Bedeutung verwendet. Ursprünglich

kommt es aus einer mexikanischen Bewegung gegen Morde an Frauen und soll hervorheben, wie Polizei und Staat dort direkt und indirekt in die Morde an Frauen involviert sind. In Österreich sehen wir ihn öfter, wenn Gewalt an trans* und nicht-binären Personen nicht vergessen werden soll. Weil es aber auch beim Femizid um das Ausbrechen aus Geschlechterrollen und -identitäten geht, würden wir beim bekannteren Begriff „Femizid“ bleiben.

Situation in Österreich

Laut Statistiken der Vereinten Nationen sind es Länder des globalen Südens, vor allem in Afrika und Lateinamerika, wo auch die meisten Femizide geschehen. Heißt das also, dass Österreich gar nicht das „Land der Femizide“ ist? Global gesehen ist es das vielleicht nicht. Trotzdem werden in Österreich tendenziell mehr Frauen als Männer ermordet und das ist sehr spezifisch österreichisch. Auch im Vergleich mit anderen europäischen Staaten steht Österreich nicht gut da.

Mit Anfang April 2024 stehen wir bei sieben Femiziden. Auf das ganze Jahr hochgerechnet ergäbe sich damit eine Zahl von 26, also so viele wie letztes Jahr. Das würde immerhin bedeuten, dass der leicht fallende Trend seit dem Rekordjahr 2018 sich nicht umgedreht hat. Trotzdem ist nicht alles gut. Denn auch wenn während der „Lockdowns“ 2020-21 die Zahl an Femiziden zurückgegangen ist, ist die Gewalt an Frauen in dieser Zeit massiv gestiegen. Am Jahr

2024 besonders erschreckend war bisher aber der Februar, als innerhalb von 24 Stunden fünf Frauen ermordet worden sind. Drei davon waren Sexarbeiterinnen, die beiden anderen Mutter und Tochter. Bis auf den dreifachen Mord in dem Wiener Bordell können alle Taten als sogenannte „erweiterte Suizide“ eingeordnet werden, da alle Täter anschließend zumindest versucht haben, sich selbst zu töten.

Patriarchale Gewalt im Kapitalismus

Auch wenn die Morde also nicht direkt zusammenhängen, haben sie trotzdem System. Wie auch die Definition am Anfang dieses Artikels klarstellt, werden Frauen in unserer Gesellschaft getötet, weil sie in eine Rolle gedrängt werden und wenn sie diese nicht erfüllen. Diese Rolle ist eine unterlegene, eine unterdrückte. Und wer aus dieser Rolle ausbrechen will oder sie nicht erfüllen kann, wird bestraft. Das heißt aber eben, dass der Femizid nur die Spitze des Eisbergs ist. Ganz viel Gewalt geschieht im Verborgenen. Zirka eine von sechs Frauen in Österreich hat laut Statistik Austria schon einmal körperliche Gewalt in einer intimen Beziehung erlebt, bei psychischer Gewalt sind es rund 40 %.

Dafür gibt es zwei Erklärungen, die auch miteinander zusammenhängen. Erstens sind viele Täter selbst in gewaltsamen Familien aufgewachsen und haben dieses Verhalten so gelernt. Wenn sie also mit einer Situation nicht um-

gehen können, werden sie selbst wieder gewalttätig. Zweitens handeln sie aus einem Verständnis, in dem sie Macht und Kontrolle über ihre Partner*innen haben. Sie glauben, dass sie über sie bestimmen können. Am stärksten zeigt sich das bei Trennungen, die oft die gefährlichste Zeit für Frauen in Gewaltbeziehungen sind.

Frauen können Gewaltbeziehungen also nicht so leicht entkommen. Denn dieser oft gefährliche Schritt zur Unabhängigkeit ist nur möglich, wenn sie sich selbst erhalten können. Oft besteht aber eine Abhängigkeit innerhalb der Beziehung, die Frau kann sich vielleicht gar nicht selbst erhalten oder allein eine Wohnung leisten. Da sprechen wir noch gar nicht über das soziale Umfeld, das auch nicht unbedingt auf der Seite von jenen steht, die Gewalt erfahren. Denn zur von der ÖVP hoch gehaltenen Leitkultur gehört die Unterdrückung von Frauen ganz stark dazu, auch wenn sie die gern auf migrantische Personen schiebt. Auf jeden Fall stimmt es aber, dass von Rassismus betroffene Frauen schlechteren Zugang zu Unterstützung haben, schon allein wegen Sprachbarrieren, aber auch weil sie der Polizei noch weniger vertrauen können als andere.

Eine besondere Form der geschlechtsbezogenen Gewalt trifft trans Personen. Eben weil Femizide aus einem Ausbrechen aus den sogenannten traditionellen Rollenbildern passieren, sind jene Personen, die besonders stark aus ihnen ausbrechen, umso mehr gefährdet. Zur Partner*innengewalt in queeren Beziehungen gibt es bisher nur wenige Erhebungen, klar ist aber, dass es sie auch dort gibt. Doch während patriarchale Gewalt sonst in erster Linie von Partner*innen ausgeht, ist der öffentliche Raum für queere und trans Personen gefährlicher.

In unserer kapitalistisch strukturierten Gesellschaft helfen diese Formen der Unterdrückung dabei, die Arbeit von Menschen billiger zu halten. Wenn es nämlich die Aufgabe der Frauen ist, sich selbstlos um ihre Familie zu kümmern, dann muss diese Arbeit nicht direkt oder indirekt bezahlt werden. Und wenn diese Tätigkeiten doch zur bezahlten Arbeit werden, wie bei der Personenbetreuung, finden sie unter besonders schlechten Bedingungen statt.

Was der Staat (nicht) tut

Eine der wichtigsten Einrichtungen zum Gewaltschutz sind Frauenhäuser. Wie diese finanziert werden, ist Sache der Bundesländer. Dem Land Salzburg wurden sie beispielsweise 2020 zu teuer, weshalb die Förderung von den etablierten und vernetzten Vereinen abgezogen und neu ausgeschrieben wurde. In Kärnten werden die Plätze relativ gut gefördert, in Tirol am schlechtesten. In Vorarlberg und dem Burgenland gibt es jeweils genau ein Frauenhaus. Trotzdem ist die Frauenministerin der Meinung, jede Frau, die einen Platz in einem Frauenhaus braucht, bekomme auch einen. Das stimmt wahrscheinlich, zur Not werden dort auch Matratzen herangeschafft, damit die Betroffene am Gang, aber in Sicherheit schlafen kann. Gute Versorgung sieht aber anders aus. Die Anlaufstelle dafür, wenn man Gewalt erfährt, ist in unserer Gesellschaft die Polizei. Schade ist nur, dass diese Institution dafür wirklich nicht besonders gut geeignet ist. Ganz abgesehen von ihrem eigentlichen Zweck, nämlich Eigentum und Profit zu schützen, sind die meisten Beamt*innen nicht für den sensiblen Umgang mit traumatisierten Personen ausgebildet. Für Personen, die von Rassismus oder anderen Unterdrückungsformen betroffen sind,

ist der Weg zur Polizei außerdem noch unpassender, weil sie dort vielleicht sogar noch Rassismus oder Herabwürdigung erfahren, statt Hilfe zu erhalten.

Die österreichische Regierung zeigt darüber hinaus, dass sie die traditionelle Familie, also Vater, Mutter, zirka 2 Kinder, als den Kern der Gesellschaft unbedingt erhalten will. Wie wir aber bereits gezeigt haben, ist es genau dort, wo die meiste Gewalt passiert. Denn solange Frauen in der Gesellschaft unterdrückt werden, können sie auch in der Kleinfamilie nie ganz gleichgestellt sein – und vice versa. Denn wir alle lernen die Muster des Sexismus, die auf einer sexistischen Arbeitsteilung im Kapitalismus beruhen.

Da hilft es auch wenig, wenn die Frauenministerin die Gleichberechtigung fördern will, indem sie mehr Mädchen eine „bessere“ Ausbildung ermöglichen will. Solange der Kapitalismus existiert, hat die herrschende Klasse ein Interesse daran, dass Frauen schlechter bezahlt werden und die unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. Wir fordern deshalb:

» *Ausbau von Frauenhäusern und Gewaltschutzzentren! Jede Person, die Gewalt von Partner*innen erfährt, verdient Schutz!*

» *Freier Zugang zu psychologischer Betreuung für alle und Normalisierung von Therapie!*

» *Wirkliche finanzielle Unabhängigkeit durch gleiche Bezahlung bzw. Existenzsicherung und leistbares Wohnen!*

» *Aufbau von Grätzlzentren und Gewaltschutzkomitees in jedem Grätzl als Alternative zur Polizei! Untersuchung von Femiziden durch Frauenorganisationen, kein Vertrauen in die Polizei!*

» *Glauht Betroffenen! Für eine Justiz, die Gewalt gegen Frauen auch ernsthaft verfolgt!* ★

WER WIR SIND

Der Arbeiter*innenstandpunkt ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen, kann nur international geschaffen werden. Wir haben daher nichts mit den Regimen des ehemals „real existierenden Sozialismus“ gemein. In diesen Staaten herrschte nicht das arbeitende Volk, sondern eine bürokratische Kaste, die das Proletariat unterdrückte und sich selbst bereicherte. Wir treten für eine Rätedemokratie ein, d.h. die demokratische Machtausübung der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst durch direkte Wahl und Abwahl von Delegierten, auf die sich die Regierung, die Staatsgewalt und sämtliche Verwaltungsgremien stützen.

Als Arbeiter*innenstandpunkt sind wir in sozialen Bewegungen und

Klassenkämpfen aktiv und kämpfen dort für ein Programm im Sinne der gesamten Arbeiter*innenklasse. Unser Hauptanliegen ist es, die politischen und ökonomischen Teilkämpfe, z.B. am Arbeitsplatz, mit einer allgemein-politischen Perspektive zu verbinden, die über das Bestehende hinausweist und der Arbeiter*innenklasse zur Einsicht in ihr gesamtgesellschaftliches Klasseninteresse verhilft.

Der Kapitalismus fordert tagtäglich unzählige Opfer und zerstört Menschenleben – durch Hunger, Krieg und Unterdrückung. Kämpfe mit uns für den Aufbau einer neuen Partei der sozialistischen Revolution.

Spenden an „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ | IBAN AT64 2011 1844 4414 4800 | BIC GIBAAWXXX

WEITERE PUBLIKATIONEN:

zu bestellen unter:
info@arbeiterinnenstandpunkt.net

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerks „Arbeiter*innenstandpunkt“ ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.



Revolutionärer Marxismus 55: Eine Welt in der Krise

Diese Ausgabe des revolutionären Marxismus beleuchtet Kernaspekte der veränderten Weltlage, grundlegende krisenhafte Phänomene des globalen Kapitalismus und ihre Entwicklungsdynamik.

2023 - 180 Seiten A5 - 10 Euro



Revolutionärer Marxismus 54: Umweltkrise: Eine Krise des Kapitalismus

Der Kapitalismus sprengt die ökologischen Grenzen unseres Planets. Diese Krise kann nicht unabhängig von der zugrunde liegenden Produktionsweise getrennt werden. Mit Kritiken der Strömungen der Umweltbewegung.

2021 - 230 Seiten A5 - 10 Euro

www.arbeiterinnenstandpunkt.net